

Medienmitteilung 22/2014

Thema	Gegenvorschlag des Regierungsrates zur Volksinitiative „Kinder und Eltern“
Rückfragen	Ruth Jo. Scheier, 079 479 99 05, ruth.scheier@grossrat.ag.ch
Absender	Grünliberale Partei Aargau, Postfach 2855, 5001 Aarau E-Mail: ag@grunliberale.ch www.ag.grunliberale.ch
Datum	10.10.2014

DIE GLP BEDAUERT DIE MUTLOSIGKEIT DES REGIERUNGSRATES

Die Grünliberalen begrüßen den Vorschlag der Regierung, den Gemeinden eine Hilfestellung und der familienergänzenden Kinderbetreuung endlich eine Gesetzesgrundlage zu geben – bedauern aber sehr, dass der Regierungsrat die Chance nicht für einen zukunftsweisenden Entscheid nutzen wollte. Insbesondere die gleichzeitige Anwendung zwei verschiedener Subventionssysteme dürfte einige Schwierigkeiten mit sich bringen. Ein Entscheid nur für das System des Gutschein-Modells hätte sich aus Sicht der GLP mehr als aufgedrängt.

Die heute Morgen den Medien vorgestellten Vorschläge sind konsequent – und zwar konsequent im „nicht-vorschreiben-wollen“. In Anbetracht der Beratungsergebnisse im Grossen Rat sowie den Ergebnissen der Anhörung ist dies jedoch verständlich. Auch die Grünliberalen sind an einer mehrheitsfähigen Lösung interessiert und werden daher die Vorschläge nicht grundsätzlich ablehnen, möchten aber das Bedauern über eine verpasste Chance äussern.

Die Grünliberalen begrüßen das vorgesehene neue Instrument „Leitfaden für die Praxis“ sehr. Nach einer ersten Durchsicht erweist sich das Dokument als sehr hilfreich und informativ. Dies kann für die Gemeinden eine grosse Hilfe darstellen in der Neuregelung und/oder im Aufbau oder Weiterentwicklung der familienergänzenden Kinderbetreuung. Aber auch für Anbieter und sogar Erziehungsberechtigte ist es ein sinnvolles und hilfreiches Instrument.

Die Grünliberalen bedauern jedoch, dass die Gelegenheit verpasst wurde, ein zukunftsweisendes Modell auf kantonaler Ebene einzuführen. Hierzu möchten wir nicht allzu detailliert werden und verweisen auf unsere Stellungnahme zur Anhörung.

Die Grünliberalen begrüßen zwar, dass neu die Wahl des Betreuungsgutschein-Modells möglich sein soll, bedauern aber, dass dieses Modell nicht zur Vorgabe gemacht werden soll. In der Praxis werden sich die Umsetzungsschwierigkeiten bzw. der administrative Mehraufwand im Zusammenhang mit der Anwendung der zwei leider nicht kompatiblen Subventionsmodelle bald negativ bemerkbar machen. Auf lange Sicht wird hier eine einheitliche Regelung angestrebt werden. Eine klare Vorgabe wäre daher sinnvoll und zukunftsweisend.

gewesen. Die Grünliberalen sind jedoch zuversichtlich, dass das fortschrittliche und liberale Betreuungsgutschein-Modell in Zukunft standardmässig angewendet werden wird.